

# Aus den Kantonen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **67 (1980)**

Heft 18

PDF erstellt am: **21.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

im nächsten Mai zum zweiten Mal zusammenkommt. Auf die skeptische Frage, ob es überhaupt eine solche Veranstaltung braucht, könnte man, rein «vom Empfinden des Alltags her», folgendes antworten: Wenn eine Grossfamilie oder eine Verwandtschaft ein Beziehungsfeld bleiben will, muss sie wieder einmal ein Treffen gestalten. – Wenn es zwischen Freunden und Kollegen oder in einem Verband Probleme gibt, sagt jeder: Wir müssen zusammenkommen und darüber reden. – Wenn 100 Leute drei Tage zusammen mit den Bischöfen miteinander reden und schweigen, singen und feiern, dann geschieht mehr, als wenn diese 100 Leute während dreier Monate sich tiefsinnige Papiere zuschicken.

Das Pastoralforum, das im Mai in Lugano stattfindet, wird zum Thema haben: «Die lebendige und missionarische Gemeinde – ihre Dienste und Ämter». Weil es eine Drehscheibe sein möchte, muss es sich auf die Vorbereitung in Pfarreien, Verbänden, Vereinen und andern Gruppen abstützen. Wer sich für diese Vorbereitung interessiert, kann gratis ein Arbeitspapier beziehen bei: Sekretariat Pastoralforum, Postfach 909, 9001 St. Gallen.

## Aus den Kantonen

### Bern:

#### **Ergebnis der Vernehmlassung zur Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer**

Mit einer Ausnahme (Landwirtschaftsdirektion) äusserten sich alle Vernehmlasser – sofern sie sich über die Grundsatzproblematik des Spätsommerschulbeginns aussprachen, in positivem Sinne.

Während die kantonalen Parteivorstände den Vorstoss zur äusseren Schulkoordination durchwegs begrüsst, stimmten mehrere Vernehmlasser der Vorlage ohne grosse Begeisterung zu. Wohl wurde überall erkannt, dass der vielen politischen Initiativen und der für den französischsprachigen Kantons- teil auslaufenden Sonderregelung wegen eine neue Entscheidung gesucht werden muss. Es wurde klar gefordert, dass einer äusseren Harmonisierung im schweizerischen Schulwesen eine eigentlich dringlichere und mehrbringende innere Koordination (Angleichung der Lehrpläne, gleiches Übertrittsalter in die Sekundarstufe 1, gleichzeitiger Beginn des Fremdsprachenunterrichts) folgen muss. Somit dürfte die Angleichung des Schuljahresbeginns nicht Selbstzweck sein und von den dringlichen Koordinationsproblemen ablenken.

Die Umfrage des Bernischen Lehrervereins ergab ein weites Auseinandergelien der Meinungen. Wäh-

rend sich alle Stufenorganisationen für den Spätsommerschulbeginn aussprachen, kam bei den Sektionen nur eine kleine diesbezügliche Mehrheit zustande. Die Einstellung der Sektionen ist nicht regional einheitlich, äusserten sich doch einzelne Stadt- und Agglomerationssektionen gegen den Spätsommerschulbeginn, während einzelne Landsektionen diesen als Beitrag zur Schulkoordination begrüsst.

Die beratenden Organe der Erziehungsdirektion und die Kommission der höheren Mittelschulen befassten sich vor allem mit den Detailproblemen der Gesetzesänderung und des Dekrets.

Vielen Gymnasiumscommissionen war das Eingehen auf die Grundsatzfrage erschwert, weil in der Vorlage der Zeitpunkt der Maturitätsprüfungen und die Dauer der Gymnasialzeit nach dem vorgesehenen Langschuljahr bewusst ausgeklammert wurde. Dieser Problemkreis muss mit den Direktbetroffenen noch eingehend besprochen werden.

Da vor Beginn des zweiten Semesters (1. Februar) eine Zäsur fehlt, werden organisatorische Schwierigkeiten befürchtet.

Mit grossem Nachdruck wird für den ganzen Kanton einheitliches Stichdatum (1. Mai) für die schulpflichtig werdenden Kinder gefordert.

Einhellig begrüsst wurde die vorgeschlagene Übergangslösung mittels eines Langschuljahres, die Semestereinteilung im Langschuljahr und der Verzicht auf eine Aufstockung der Unterrichtspensen.

Die von der Erziehungsdirektion eingesetzte Arbeitsgruppe wird nun die eingegangenen Stellungnahmen werten und entsprechende Änderungsvorschläge ausarbeiten. Diese werden der Erziehungsdirektion und anschliessend den Direktionen des Regierungsrates unterbreitet, mit dem Ziel, die Vorlage im Herbst 1980 durch den Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates zu verabschieden. Der Terminplan sieht die Behandlung im Parlament in der Februar- und Mai-Session 1981 des Grossen Rates vor. (Aus dem Berner Schulblatt)

### Luzern:

#### **Zum gegenwärtigen Stand des Deutschunterrichts an den Luzerner Volksschulen**

Um die Situation des Deutschunterrichts aus der Sicht der Bezirksinspektoren kennenzulernen, führte die Lehrerfortbildung des Kantons Luzern diesen Frühling eine Umfrage durch, die von 62% der Schulinspektoren (38) beantwortet wurde.

Die Beurteilung des Deutschunterrichts wurde sehr differenziert vorgenommen, ganz eindeutige Urteile sind nicht möglich, wohl zeigen sich Tendenzen. Verschiedene Angaben sind als Trendmeldungen aufzufassen, wobei die Bezirksinspektoren der Ober-

stufe ihre Feststellungen kurz halten mussten, da mit dem «Schweizer Sprachbuch» noch zu wenig lange unterrichtet wird.

Veränderungen im Deutschunterricht sind nicht nur auf die Einführung des «Schweizer Sprachbuch» zurückzuführen. Verschiedene Beobachtungen sind den allgemeinen «Zeiterscheinungen» der Schule zuzuschreiben.

#### *Allgemeine Bemerkungen zu Veränderungen im Deutschunterricht*

5 Bezirksinspektoren haben keine negativen Veränderungen festgestellt. Sie haben nur positive Erfahrungen gemacht: Freude am Deutschunterricht bei Schülern und Lehrern. Jedoch betonen verschiedene Bezirksinspektoren, dass ihre Beurteilung des Deutschunterrichts nicht vom Lehrmittel abhängt, sondern von der Persönlichkeit des Lehrers. Je engagierter der Lehrer arbeitet, umso besser ist auch sein Unterricht (fachliche und soziale Kompetenz des Lehrers). 3 Bezirksinspektoren wünschen noch mehr positive Veränderungen, denn «zuviel bleibt noch beim Alten», wobei unter «Altem» vermutlich unmethodisches Vorgehen verstanden werden muss. Eindeutige Trendmeldungen sind aber:

- Es wird in verschiedenen Bereichen des Deutschunterrichts entschieden zu wenig geübt.
- Poesie (Gedichte) verliert immer mehr an Bedeutung im Deutschunterricht.
- Viele Rechtschreibfehler sind nicht auf die fehlende systematische Behandlung zurückzuführen. Denn Rechtschreibung ist teilweise mangelhaft, aber sie war es auch in der «vorglänzchen Zeit». Aber viele Fehler entstehen als Folge von Nachlässigkeit und Bequemlichkeit sowie mangelnder Konzentrationsfähigkeit. Auch ist der Rechtschreibunterricht z.T. veraltet (zu viele Diktate, Suche nach Rechtschreibfallen, selten Differenzierungen). Ein Bezirksinspektor meint jedoch, dass der falsch verstandene Satz «Rechtschreibung ist nicht so wichtig, aber man muss sie können» heute von vielen Lehrern bereits besser verstanden wird.
- Mangelnde Sprachpflege beim Lehrer selbst wird auf Ausbildungsdefizite im Deutschunterricht der Grundausbildung zurückgeführt.

Lehrer meinen in dieser Beurteilung, dass die heutigen Übertrittsprüfungen noch zu wenig Rücksicht auf das «Schweizer Sprachbuch» nähmen.

Zudem würde der Deutschunterricht an der Primarschule durch die vielen Fremdwörter verwissenschaftlicht.

Dass zu wenig Übungsmaterialien vorhanden sind, wird oft bemängelt. Deshalb brauchen viele Lehrer zusätzliche Lehrmittel.

Ein Bezirksinspektor fasst diese allgemeine Beurteilung wie folgt zusammen:

«Ich sehe keine Differenz zwischen positiven und negativen Aspekten. Die positiven und negativen Veränderungen sind gemäss meinen Feststellungen in allen Klassen im wesentlichen die gleichen.

Positiv:

Die mündliche und schriftliche Kommunikation hat an Bedeutung gewonnen. Die Sprache ist nicht mehr isoliertes Fach, sie zieht sich als «roter Faden» durch alle Fächer. Sie hilft, Probleme anzupacken und sie zu lösen. Die Themen werden aus dem praktischen Leben herausgegriffen und dienen für das Leben. Der Kommunikation dienen nicht nur Worte, sondern auch Mimik, Gesten, Bilder, Töne, Formen usw. Das Spiralsystem im Sprachaufbau bewährt sich und dient der Festigung und Gründlichkeit. Der Spracherwerb ist spielerischer geworden. Sturer Drill kann vermieden werden. Die kreativen Kräfte im Sprachunterricht werden viel mehr gepflegt.

Negativ:

Die Rechtschreibung ist schlechter geworden. Die Anweisungen für differenzierte Rechtschreibung im Lehrerbuch sind z.T. schwer in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Übungsabläufe sind oft zu schematisch und phantasielos (z. B. die immer wiederkehrenden grammatischen Darstellungen). Für die Grammatik muss zuviel Zeit aufgewendet werden. Das Gedicht kommt zu kurz. Die Sprache hat an Poesie verloren. Die Sprachebene ist gesunken: Konsumsprache. Die Qualität der Kommunikation hat zu Gunsten der Quantität abgenommen.

Die obige Liste ist unvollständig. Sie zeigt meines Erachtens die wesentlichen Punkte «Pro und Kontra» auf, wobei es nicht auf die Anzahl der aufgeführten Punkte ankommt, sondern auf deren Gewichtung. Die positiven Punkte scheinen mir in ihrer Wichtigkeit weitaus zu überwiegen. Der neue Sprachunterricht hat sich nach Abwägen der Vor- und Nachteile positiv verändert.

Walter Weibel

#### **Solothurn:**

##### **Nachwehen eines Gesamtschulversuchs**

Im Frühjahr 1980 hat die Gesamtschule Dulliken ihre Türen geschlossen. Zehn Jahre hatte der Versuch gedauert, doch kehrte die Oltnen Vorortsgemeinde nicht einfach zu der im Kanton Solothurn dreigeteilten Oberstufenschule – mit Bezirksschule, Sekundarschule und Oberschule – zurück. Dulliken bleibt für eine neue Schulform, die kooperative Oberschule, Experimentierfeld. Die Ergebnisse des Gesamtschulversuchs erfuhren durch das Erziehungsdepartement eine vorwiegend positive Würdigung, eine Ansicht, die indessen nicht unbestritten blieb. Die Diskussion wurde zudem durch eine Schrift über

«die solothurnische Oberschule» belebt. Diese drohe, schreibt die kantonale Oberschullehrervereinigung, zufolge ihrer Wertung als unterste der drei Schularten, zunehmend ins Abseits zu geraten, und als Gegengewicht bedürfe es dringend politischer Entscheide.

#### *Abbruch nach zehn Jahren Versuchszeit*

Die Gesamtschule Dulliken war 1970 eröffnet worden, und am Ende des zehnten Schuljahres wurde der Versuch abgebrochen. In einer Bilanz rekapituliert der pädagogische Assistent des Solothurner Erziehungsdepartements, Dr. Carlo Jenzer, zunächst die Ziele des Versuchs. Die neue Unterrichtsform wollte vermehrt auf die Leistungsfähigkeit und die Interessen des einzelnen Schülers Rücksicht nehmen, dazu bessere Schulerfolge im allgemeinen und von Kindern aus bildungsfernem Milieu im besonderen sowie eine verstärkte Erziehung zur Gemeinschaft erreichen. Dazu dienten der Kernunterricht (Unterricht in Klassen mit schwachen, mittleren und leistungsstarken Schülern) und die Niveaueurse in den Fächern Mathematik, Französisch und Deutsch. Insgesamt wertet Jenzer den Versuch als gelungen. «Die zehn Jahre Schulversuch haben allen Beteiligten eine ganze Reihe von wichtigen Einsichten gebracht, nicht nur über die Gesamtschule, sondern über die Schule allgemein.» Der Abbruch des Versuchs habe sich aus politischen Gründen aufgedrängt, schreibt Jenzer; es wäre in der gegenwärtigen Schullandschaft der Deutschschweiz illusorisch, an eine allgemeine Einführung der Gesamtschule denken zu wollen.

Lehrerschaft, Schüler und eine Mehrheit der Eltern hatten sich für eine Weiterführung ausgesprochen. Gute Erfahrungen bringen auch die Berichte direkt Betroffener zum Ausdruck. Es gab auch kritische Stimmen, namentlich aus der Bezirksschullehrerschaft, und die eine tönte so laut, dass sich Erziehungsdirektor Walter Bürgi genötigt sah, sich vor seine Fachleute zu stellen: Dulliken sei weder ein missglücktes Experiment noch die Frucht einer unbemerkten sozialistischen Unterwanderung oder ein Leerlauf gewesen, sondern eine «pädagogische Werkstatt», die wesentliche Erkenntnisse gebracht habe.

#### *Oberstufe der Volksschule – ein Sorgenkind*

Nachfolgeschule der Gesamtschule Dulliken ist die kooperative Oberstufe. Aus Behörden und Lehrerschaft werden aber Bedenken laut, es könnten hier die gleichen Isolationserscheinungen auftreten wie beim Gesamtschulversuch; Dulliken wartet mit Ungeduld auf Schulpartner. Solche sind jedoch zurzeit im Kanton Solothurn nicht leicht zu finden, da die Ge-

staltung der Oberstufe der Volksschule (6. bis 9. Schuljahr) und deren Dreiteilung seit mehr als einem Jahrzehnt Gegenstand politischer und erziehungswissenschaftlicher Erörterungen ist. Erziehungsdirektor Bürgi versicherte vor dem Kantonsrat in der Antwort auf einen persönlichen Vorstoss, sein Departement prüfe alle Fragen grundsätzlich; Entscheide müssten nächstens gefällt werden.

In der Diskussion um die Zukunft der Oberstufe setzten nun die Oberschullehrer mit ihrer Informationsschrift einen Akzent. Sie betonen, wie wichtig neben der auf weiterführende Schulen ausgerichteten Bezirksschule und der auf die Berufslehre vorbereitenden Sekundarschule für die schwächeren Schüler die Oberschule ist. Sie gerät namentlich dadurch unter Druck, dass Lehrmeister öfters Lehrlinge mit Sekundar- oder gar Bezirksschulbildung bevorzugen. Nun ersuchen die Oberschullehrer die Behörden um geeignete Massnahmen: «Im Volksschulgesetz ist die Dreiteilung der Oberstufe verankert. Über den prozentualen Anteil der einzelnen Schularten ist aber nichts gesagt. So droht eine eindeutige Gesetzesbestimmung auf stillem Wege ausser Kraft gesetzt zu werden. Eine Entwicklung, die sich für die ganze Oberstufe, vor allem aber für die schwächeren Schüler verhängnisvoll auswirkt, kann ungehindert fortschreiten.»

hfr. in: NZZ vom 27. 8.80

## Mitteilungen

#### **Voranzeige der IKA**

Die Jahrestagung der Interkantonalen Arbeitsgemeinschaft für die Unterstufe (IKA) findet am 22. November 1980 im Volkshaus Helvetiaplatz in Zürich statt.

Thema: Kindergarten und Schule als Partner.

Referenten:

Herr Dr. phil. Heinrich Nufer, Zürich: «Vom Kindergarten zur Schule».

Frau Leni Wenger, Zürich: «Übergang Vorschulzeit-Primarschule».

Frau Erika Gugger, Bern: «Kindergarten oder Vorschule?»

Herr Armin Redmann, Zürich: «Schulstart».

#### **Umweltspiele – Umweltmedien**

Immer mehr Lehrer, Pfarrer und Jugendgruppenleiter wollen vom WWF wissen, mit welchen Medien sie die Gedanken des Umweltschutzes an jüngere Menschen herantragen könnten.